

Katharina Haider

# Haftung von transnationalen Unternehmen und Staaten für Menschenrechtsverletzungen

Eine Untersuchung der Rechtsschutzmöglichkeiten am Maßstab des  
Völkerrechts, des Internationalen Zivilverfahrensrechts, des (Internationalen)  
Privatrechts, des Staatshaftungsrechts und des Strafrechts



**Nomos**

Studien zum Internationalen Wirtschaftsrecht/  
Studies on International Economic Law

Herausgegeben von

Prof. Dr. Marc Bungenberg, LL.M., Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M., Universität Passau

Prof. Dr. Markus Krajewski, Friedrich-Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Carsten Nowak, Europa Universität Viadrina,  
Frankfurt/Oder

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte,  
Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. Wolfgang Weiß, Deutsche Universität  
für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Band 26

Katharina Haider

# Haftung von transnationalen Unternehmen und Staaten für Menschenrechtsverletzungen

Eine Untersuchung der Rechtsschutzmöglichkeiten am Maßstab des Völkerrechts, des Internationalen Zivilverfahrensrechts, des (Internationalen) Privatrechts, des Staatshaftungsrechts und des Strafrechts



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5586-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9763-7 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation angenommen. Sie entstand größtenteils in meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Passau. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Ende 2018 berücksichtigt werden.

Ganz herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hans-Georg Dederer, für die engagierte Betreuung der Arbeit sowie für die wertvollen Anmerkungen, die maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Herrn Prof. Dr. Dennis Solomon, LL.M. (Berkeley), danke ich für die wohlwollende Erstellung des Zweitgutachtens, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Hau danke ich für hilfreiche Anregungen.

Für die finanzielle Unterstützung der Veröffentlichung gebührt mein Dank dem Graduiertenzentrum der Universität Passau, der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung sowie der Studienstiftung *ius vivum*.

All jenen, die mit mir diskutiert haben, die mir wertvolle Korrekturhinweise gegeben haben und mich inhaltlich wie privat unterstützt haben, gilt mein tiefer Dank. Ganz besonders danke ich Dr. Christiane von Bary und Benjamin Jung, LL.M. (Pennsylvania) für ihre Geduld und Hilfsbereitschaft.

Von Herzen Danke sagen möchte ich auch bei meinen Eltern, die mich während meiner Studienzeit und meines Promotionsvorhabens stets vorbehaltlos unterstützt haben und mir immer alle Wege offenhalten. Nicht genug danken kann ich schließlich meinem Mann, Dr. Maximilian Haider, der mir stets zur Seite steht, von dem ich viel gelernt habe und ohne dessen bedingungslosen Rückhalt die Entstehung dieser Arbeit nicht denkbar gewesen wäre.

Regensburg, im Mai 2019

*Katharina Haider*



## Inhaltsübersicht

Abkürzungen	35
Einleitung	39
I. Einführung und Gegenstand der Untersuchung	39
II. Gang der Untersuchung	42
Erster Teil: Definitorische und völkerrechtliche Grundlagen	45
§ 1 Begriffsbestimmungen	45
I. Transnationale Unternehmen	45
II. Menschenrechte	74
III. Terminologische Klarstellung	84
§ 2 Darstellung der Verantwortungskonstellation und der Interessenkonflikte	86
I. Verantwortungskonstellation Gaststaat – Heimatstaat – transnationales Unternehmen – Individuum	86
II. Interessenkonflikte	87
III. Menschenrechte und Investitionsschutz	92
IV. Menschenrechte und Außenwirtschaftsförderung	97
V. Beispielsfälle für Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen aus der Praxis	98
VI. Ergebnisse zu § 2	106
§ 3 Völkerrechtliche Zulässigkeit extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	107
I. Definition von extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	107
II. Völkerrechtliche Einbettung	112
III. Zulässigkeit extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	114

*Inhaltsübersicht*

IV. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt und Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	118
V. Ergebnisse zu § 3	135
§ 4 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Gast- und Heimatstaaten für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen	137
I. Völkerrechtliche Pflichten der Gaststaaten	138
II. Völkerrechtliche Pflichten der Heimatstaaten	143
III. Voraussetzungen für die Geltendmachung einer Verantwortlichkeit aus der Verletzung einer staatlichen Schutzpflicht	181
IV. Ergebnisse zu § 4	192
§ 5 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit von transnationalen Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen	194
I. Völkerrechtssubjektivität transnationaler Unternehmen?	195
II. Menschenrechtsverpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen zwischen Staaten bzw. zwischen Staaten und Unternehmen	204
III. Völkergewohnheitsrecht	212
IV. Völkerstrafrechtliche Verantwortung transnationaler Unternehmen	214
V. „Soft law“ in Form von Verhaltenskodizes	215
VI. Ergebnisse zu § 5	234
Zweiter Teil: Geltendmachung von Ansprüchen aus Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	237
§ 6 Überblick über die Klagekonstellationen	239
I. Mögliche Kläger	239
II. Mögliche Klagegegner	241
III. Mögliche Gerichtsstände	245
IV. Mögliche Haftungsgrundlagen	252
V. Allgemeine Hürden einer klageweisen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen	258

VI. Außergerichtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen?	268
VII. Übersicht zu den Klagekonstellationen	270
§ 7 Prozessrechtliche Fragestellungen	272
I. Ausschluss von der Gerichtsbarkeit aufgrund von Immunität	272
II. Gerichtszuständigkeit	281
III. Forum non conveniens im „common law“	307
IV. Übersicht zur Zuständigkeit	315
§ 8 Zivilrechtliche Klagen	317
I. Mögliche Anspruchsgrundlagen	318
II. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten des Heimatstaates	320
III. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten des Gaststaates	358
IV. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten eines Drittstaates	358
V. Übersicht zum anwendbaren Recht	359
VI. Materiell-rechtliche Untersuchung nach deutschem Recht bei Klagen gegen das Unternehmen	360
VII. Materiell-rechtliche Untersuchung nach deutschem Recht bei Klagen gegen Individuen	464
VIII. Exkurs zur materiellrechtlichen Untersuchung nach drittstaatlichem Recht: Klagen in den USA nach dem „Alien Tort Claims Act“	465
IX. Ergebnis zu den zivilrechtlichen Klagemöglichkeiten	478
§ 9 Lauterkeitsrecht	480
I. Deutsches Lauterkeitsrecht	481
II. Rolle des Lauterkeitsrechts bei der Durchsetzung von Menschenrechten gegenüber transnationalen Unternehmen	491
III. Ergebnis zum Lauterkeitsrecht	492

*Inhaltsübersicht*

§ 10 Strafrechtliches Vorgehen	494
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen als juristische Personen?	494
II. Täterschaft und Teilnahme	501
III. Verfahren vor dem IStGH	504
IV. Verfahren vor Gerichten des Heimatstaates	506
V. Verfahren vor Gerichten des Gaststaates oder eines Drittstaates	516
VI. Ergebnis zum strafrechtlichen Vorgehen	517
§ 11 Staatshaftungsrechtliche Klagen	519
I. Völkerrechtliches Vorgehen	520
II. Identifizierung einer geeigneten Anspruchsgrundlage aus dem deutschen Staatshaftungsrecht	521
III. Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs wegen Verletzung der extraterritorialen Schutzpflicht durch den Heimatstaat	523
IV. Voraussetzungen für eine staatliche Haftung bei direkter Menschenrechtsverletzung durch den Gaststaat	534
V. Ergebnis zu den staatshaftungsrechtlichen Klagen	537
§ 12 Völkerrechtliches Vorgehen	539
I. Geltendmachung völkerrechtlicher Rechtsverstöße vor nationalen Gerichten?	540
II. Vorgehen gegen Staaten vor internationalen Gerichten	540
III. Alternativen auf internationaler Ebene	544
IV. Ergebnis zum völkerrechtlichen Vorgehen	547
Dritter Teil: Schlussfolgerungen und Zusammenfassung	549
§ 13 Diskussion von Vorschlägen de lege ferenda	549
I. Identifikation von Regelungslücken und Schwachstellen de lege lata	549
II. Vorschläge auf nationaler bzw. europäischer Ebene	551
III. Kodifikation von Regeln über extraterritoriale Staatenpflichten	561
IV. Völkerrechtlicher Vertrag zwischen Staaten	562

V. (Völkerrechtlicher) Vertrag zwischen Staaten und transnationalen Unternehmen	566
VI. Völkerstrafrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen	566
VII. Einführung eines weltweiten Schiedsgerichts für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	567
VIII. Investitionsschutzrecht und Welthandelsrecht	568
IX. Ergebnis zu den Vorschlägen de lege ferenda	569
§ 14 Konklusionen	571
Anhang	576
Tabellarische Darstellung der möglichen Klagekonstellationen	576
Allgemeiner Aufbau der Übersichten	576
I. Vor Gerichten des Heimatstaates (Deutschland)	577
II. Vor Gerichten des Gaststaates (außerhalb der EU)	588
III. Vor Gerichten eines Drittstaates	594
IV. Vor internationalen Gerichten	600
Literatur- und Dokumentenverzeichnis	605
Entscheidungsverzeichnis	659



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	35
Einleitung	39
I. Einführung und Gegenstand der Untersuchung	39
II. Gang der Untersuchung	42
Erster Teil: Definitiorische und völkerrechtliche Grundlagen	45
§ 1 Begriffsbestimmungen	45
I. Transnationale Unternehmen	45
1. Transnational vs. multinational	47
2. „Corporation“ vs. „enterprise“	48
3. Definitionselemente für den Begriff „transnationales Unternehmen“	48
a) OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen 1976 (2011)	49
b) ILO Tripartite Declaration of Principles Concerning Multinational Enterprises and Social Policy 1977	49
c) Draft United Nations Code of Conduct on Transnational Corporations 1977	50
d) World Investment Report der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) 2003	51
e) UN Draft Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights 2003	52
f) Auswertung der Definitionen und Identifikation essentieller Definitionsbestandteile	52
aa) Operativ voneinander getrennte Wirkungseinheiten in mindestens zwei Ländern (Transnationalität)	53

*Inhaltsverzeichnis*

bb) Kontrolle des Mutterunternehmens über das Tochterunternehmen	54
(1) Kontrolle in Form einer Direktinvestition?	54
(2) Einbeziehung von Unternehmen in Zulieferketten?	55
cc) Private Unternehmen, Staatsunternehmen, Mischformen	56
dd) Gründungsakt und Rechtsform	57
ee) Bestimmte Unternehmensgröße	57
ff) Weitere Definitionsbestandteile	58
g) Zwischenergebnis: Definition des transnationalen Unternehmens	59
4. Abgrenzung zu anderen Unternehmenstypen	59
a) Uninationales Unternehmen	59
b) Internationales Unternehmen	60
5. Gesellschaftsrechtliche Betrachtung	61
a) Mehrheitsbeteiligung eines Mutterunternehmens an einem Tochterunternehmen	62
b) Vertragliche Beziehungen zwischen zwei Unternehmen	63
c) Exkurs: Konzernrechtliche Betrachtung am Maßstab des deutschen Gesellschaftsrechts	65
d) Der Grundsatz der Haftungstrennung bzw. des „corporate veil“	67
6. Staatszugehörigkeit	71
II. Menschenrechte	74
1. Entwicklung der (internationalen) Menschenrechtsidee, Menschenrechtskodifikationen und Dimensionen der Menschenrechte	74
a) Entstehungsgeschichte der Menschenrechtsidee und wichtige Menschenrechtskodifikationen	74
b) Dimensionen der Menschenrechte	76
2. Verpflichtete der Menschenrechtsgarantien	77
3. Im Bereich der transnationalen Unternehmen möglicherweise verletzte Menschenrechte	77
4. Mögliche kulturspezifische Relativierung der Menschenrechte	80
5. Zusammenhang von Menschenrechten und einfachgesetzlichen Ansprüchen bzw. strafrechtlichen Tatbeständen	83

III. Terminologische Klarstellung	84
§ 2 Darstellung der Verantwortungskonstellation und der Interessenkonflikte	86
I. Verantwortungskonstellation Gaststaat – Heimatstaat – transnationales Unternehmen – Individuum	86
II. Interessenkonflikte	87
1. Interessen des transnationalen Unternehmens	87
2. Interessen des Heimatstaates	90
3. Interessen des Gaststaates	91
III. Menschenrechte und Investitionsschutz	92
1. Spannungsverhältnis zwischen Menschenrechtsschutz und Investitionsschutz?	93
2. Wahrung von Menschenrechtsstandards durch Konformitäts- und Internationalisierungsklauseln?	94
3. Reformbedarf und Zwischenergebnis	95
IV. Menschenrechte und Außenwirtschaftsförderung	97
V. Beispielsfälle für Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen aus der Praxis	98
1. Fabrikbrand in Pakistan (KiK)	99
2. Einsturz einer Fabrik in Bangladesch (Rana Plaza)	100
3. Bau eines Staudammes im Nordsudan (Lahmeyer)	101
4. Ermordung von Gewerkschaftern in Kolumbien (Nestlé)	102
5. Umweltverschmutzung in Ecuador und Peru (Chevron/Texaco)	103
6. Gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen gegen Ölförderung in Nigeria (Royal Dutch Petroleum)	105
VI. Ergebnisse zu § 2	106
§ 3 Völkerrechtliche Zulässigkeit extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	107
I. Definition von extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	107
1. „Jurisdiktion“ oder „Ausübung von Hoheitsgewalt“?	107
2. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt	110
II. Völkerrechtliche Einbettung	112

*Inhaltsverzeichnis*

III. Zulässigkeit extraterritorialer Ausübung von Hoheitsgewalt	114
IV. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt und Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	118
1. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt in Form von transnationaler Regulierung durch den Heimatstaat („jurisdiction to prescribe“)	119
a) Regulierung des Mutterunternehmens	120
aa) Territorialitätsprinzip	121
bb) Aktives Personalitätsprinzip	122
cc) Universalitätsprinzip	122
b) Regulierung des Tochterunternehmens	123
2. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt in Form transnationaler Zuständigkeit nationaler Gerichte („jurisdiction to adjudicate“)	124
3. Extraterritoriale Ausübung von Hoheitsgewalt in Form transnationaler Vollstreckungszuständigkeit? („jurisdiction to enforce“)	126
4. Die extraterritoriale Anwendbarkeit des ATCA	127
a) Frage der Anwendbarkeit des Universalitätsprinzips auf das Zivilrecht am Beispiel des ATCA	127
aa) Übertragbarkeit des Universalitätsprinzips auf das Zivilrecht?	128
bb) Einwände gegen eine Übertragbarkeit des Universalitätsprinzips auf das Zivilrecht	129
cc) Begründbarkeit einer Übertragung des Universalitätsprinzips auf das Zivilrecht	131
b) Kritik am ATCA anhand des Territorialitätsprinzips	132
c) Zwischenergebnis	135
V. Ergebnisse zu § 3	135
§ 4 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Gast- und Heimatstaaten für Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen	137
I. Völkerrechtliche Pflichten der Gaststaaten	138

II. Völkerrechtliche Pflichten der Heimatstaaten	143
1. Recht der Heimatstaaten zur extraterritorialen Regulierung	145
a) Notwendigkeit eines hinreichenden Anknüpfungspunktes	145
b) Praxis in den USA, in Deutschland und in der EU	146
c) Grenze des Rechts zur extraterritorialen Regulierung im Interventionsverbot	148
2. Extraterritoriale menschenrechtliche Staaten- bzw. Schutzpflichten	149
a) Begriffsbestimmung	152
b) Mögliche Herleitungen einer extraterritorialen Schutzpflicht	156
aa) Beurteilung anhand von Menschenrechtsabkommen	156
(1) Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	158
(2) Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR)	161
(3) Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR)	163
(4) Zwischenergebnis	166
bb) Unproblematische, aber hier nicht einschlägige Fälle des Bestehens einer extraterritorialen Schutzpflicht	167
cc) Herleitung aus der Kooperationspflicht nach der UN-Charta	168
dd) Herleitung aus der personalen Jurisdiktion	169
ee) Herleitung aus der „no harm rule“	170
(1) Darstellung, Inhalt und Herkunft der „no harm rule“	170
(2) Übertragbarkeit der „no harm rule“ auf Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen?	172
ff) Herleitung aus der erga omnes-Wirkung oder dem ius cogens-Charakter einiger Menschenrechte	173
gg) Zwischenergebnis	176

*Inhaltsverzeichnis*

c) Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte 2011	177
3. Kritische Würdigung von extraterritorialen staatlichen Schutzpflichten	179
4. Zwischenergebnis	180
III. Voraussetzungen für die Geltendmachung einer Verantwortlichkeit aus der Verletzung einer staatlichen Schutzpflicht	181
1. Anwendbarkeit der Regeln über die Staatenverantwortlichkeit bei Menschenrechtsverletzungen	182
2. Voraussetzungen für eine Verantwortlichkeit nach den Regeln über die Staatenverantwortlichkeit	183
3. Zurechnung des Handelns Privater	186
4. Beihilfe des Heimatstaates zu völkerrechtswidrigem Verhalten des Gaststaates	189
5. Vorgehen auf Grundlage der ILC-Artikel über die Staatenverantwortlichkeit	190
6. Zwischenergebnis	192
IV. Ergebnisse zu § 4	192
§ 5 Völkerrechtliche Verantwortlichkeit von transnationalen Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen	194
I. Völkerrechtssubjektivität transnationaler Unternehmen?	195
1. Voraussetzungen für das Vorliegen von Völkerrechtssubjektivität	196
2. Transnationale Unternehmen als Völkerrechtssubjekte?	198
a) Ableitung einer partiellen Völkerrechtssubjektivität aus der Gewährung von Rechten für transnationale Unternehmen	200
b) Weites Verständnis von Völkerrechtssubjektivität	201
c) Rechtssubjektivität ohne Völkerrechtssubjektivität	203
II. Menschenrechtsverpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen zwischen Staaten bzw. zwischen Staaten und Unternehmen	204
1. Völkerrechtliche Verträge zwischen Staaten	204
a) Ableitung einer partiellen Völkerrechtssubjektivität aus zwischenstaatlichen Verträgen	204

b) Menschenrechtsverpflichtung von transnationalen Unternehmen auf Grundlage von Verträgen zwischen Staaten	205
aa) Unmittelbare Wirkung völkerrechtlicher Verträge im nationalen Recht	207
bb) Völkerrechtlicher Vertrag mit Bindungswirkung für Unternehmen	208
2. (Völkerrechtliche) Verträge zwischen Unternehmen und Staaten	209
a) Ableitung einer partiellen Völkerrechtssubjektivität aus Verträgen zwischen Unternehmen und Staaten	209
b) Menschenrechtsverpflichtung transnationaler Unternehmen auf Grundlage von Verträgen zwischen Staat(en) und Unternehmen	211
III. Völkergewohnheitsrecht	212
IV. Völkerstrafrechtliche Verantwortung transnationaler Unternehmen	214
V. „Soft law“ in Form von Verhaltenskodizes	215
1. OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen 1976	218
2. ILO Tripartite Declaration of Principles Concerning Multinational Enterprises and Social Policy 1977	219
3. UN Draft Code of Conduct on Transnational Corporations 1977	220
4. UN Global Compact 2000	220
5. UN Draft Norms on the Responsibilities for Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights 2003	221
6. ISO 26000 Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung von Organisationen 2010	222
7. UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2011	223
a) Entwicklung und Inhalt der UN-Leitprinzipien	223
b) Umsetzung in Nationale Aktionspläne	225
8. Exkurs: Verhaltensregeln auf EU-Ebene	229
9. Erstarben des „soft law“ zu Völkergewohnheitsrecht?	231
10. Bedeutung von staatlichen und privaten „Codes of Conduct“ trotz ihrer Unverbindlichkeit	232
VI. Ergebnisse zu § 5	234

*Inhaltsverzeichnis*

Zweiter Teil: Geltendmachung von Ansprüchen aus Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	237
§ 6 Überblick über die Klagekonstellationen	239
I. Mögliche Kläger	239
II. Mögliche Klagegegner	241
1. Transnationales Unternehmen	242
2. Heimat- bzw. Gaststaat	244
3. Für das transnationale Unternehmen Tätige	244
4. Beamte	245
III. Mögliche Gerichtsstände	245
1. Gericht des Gaststaates	246
2. Gericht des Heimatstaates	248
3. Gericht eines Drittstaates	251
4. Internationales Gericht	252
IV. Mögliche Haftungsgrundlagen	252
1. Zivilrecht	252
2. Strafrecht	253
3. Staatshaftungsrecht	254
4. Internationales Recht	254
5. Entscheidung über das aus Sicht des Klägers heranzuziehende Rechtsgebiet	255
V. Allgemeine Hürden einer klageweisen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen	258
1. Hohe Prozesskosten	258
2. Beweislast beim Kläger	260
3. Fehlende Möglichkeit von Sammelklagen	263
4. Kurze Verjährungsfristen	267
5. Unzureichende Ausgestaltung der Rechtslage in der EU	268
VI. Außergerichtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen?	268
1. Schiedsverfahren	269
2. Weitere im Kontext von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen mögliche Formen der alternativen Streitbeilegung	269
VII. Übersicht zu den Klagekonstellationen	270

§ 7 Prozessrechtliche Fragestellungen	272
I. Ausschluss von der Gerichtsbarkeit aufgrund von Immunität	272
1. Staatenimmunität bei acta iure imperii	272
a) Inhalt und Umfang der Staatenimmunität	272
b) Einschränkung der Staatenimmunität bei ius cogens-Verstößen?	275
2. Immunität von Individuen	276
a) Persönliche Immunität	276
b) Funktionelle Immunität	277
c) Ausnahmen von der funktionellen Immunität	278
3. Immunität von Staatsunternehmen	279
4. Immunität vor dem IStGH	280
5. Zwischenergebnis	281
II. Gerichtszuständigkeit	281
1. Gericht des Gaststaates in Zivilverfahren	282
2. Gericht des Heimatstaates in Zivilverfahren	282
a) Klage gegen ein heimatstaatliches Unternehmen bzw. dessen Mitarbeiter	282
aa) Sachlicher Anwendungsbereich der Brüssel Ia-Verordnung	283
bb) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der Brüssel Ia-Verordnung	284
(1) Allgemeiner Gerichtsstand am Wohnsitz bzw. Sitz des Beklagten	284
(2) Besondere Zuständigkeiten	285
(3) Zusammenhangszuständigkeit	287
(4) Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge	288
(5) Notzuständigkeit bei Menschenrechtsbeeinträchtigungen	289
cc) Örtliche Zuständigkeit	290
dd) Zwischenergebnis	290
b) Klage gegen ein gaststaatliches Unternehmen bzw. dessen Mitarbeiter	290
aa) Sitz in der EU	290
bb) Sitz außerhalb der EU	291
(1) Klagen eines Arbeitnehmers	291

Inhaltsverzeichnis

(2) Zuständigkeit nach der ZPO	292
(a) Der besondere Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, § 32 ZPO	293
(b) Der besondere Gerichtsstand des Vermögens, § 23 S. 1 Alt. 1 ZPO	294
(c) Der besondere Gerichtsstand des Erfüllungsortes, § 29 ZPO	296
(d) Zuständigkeit infolge rügeloser Verhandlung, § 39 ZPO	296
(e) Zwischenergebnis	296
c) Einführung neuer Zuständigkeiten de lege ferenda	296
d) Zuständigkeit bei Klagen nach dem UWG (Lauterkeitsrecht)	299
e) Zuständigkeit bei arbeitsrechtlichen Klagen	300
3. Gericht eines Drittstaates in Zivilverfahren	300
4. Gerichtsstandsvereinbarungen	301
5. Internationales Gericht	303
6. Zuständigkeit in Strafverfahren	304
7. Zuständigkeit für staatshaftungsrechtliche Klagen	306
III. Forum non conveniens im „common law“	307
1. Inhalt und Anwendungsbereich des forum non conveniens-Grundsatzes	307
2. Der forum non conveniens-Grundsatz in den USA	308
3. Der forum non conveniens-Grundsatz im Vereinigten Königreich	310
4. Kritik am Grundsatz des <i>forum non conveniens</i>	313
5. Zwischenergebnis	314
IV. Übersicht zur Zuständigkeit	315
§ 8 Zivilrechtliche Klagen	317
I. Mögliche Anspruchsgrundlagen	318
1. Deliktsrecht	318
2. Vertragsrecht	319
a) Allgemein	319
b) Arbeitsrecht	319
3. Lauterkeitsrecht	320

II. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten des Heimatstaates	320
1. Anwendbares Recht bei Klagen gegen das Mutterunternehmen	321
a) Deliktsstatut: Ansprüche im Anwendungsbereich der Rom II-Verordnung	321
aa) Eröffnung des Anwendungsbereichs der Rom II-Verordnung	322
bb) Anknüpfung nach der Rom II-Verordnung	323
(1) Freie Rechtswahl, Art. 14 Abs. 1 Rom II- Verordnung	323
(2) Erfolgsortprinzip, Art. 4 Abs. 1 Rom II- Verordnung	324
(3) Ausweichklausel, Art. 4 Abs. 3 Rom II- Verordnung	326
(4) Anwendbares Recht bei unlauterem Wettbewerb (Art. 6 Rom II-Verordnung), bei Umweltschädigungen (Art. 7 Rom II- Verordnung) und bei Arbeitskampfmaßnahmen (Art. 9 Rom II- Verordnung)	327
(5) Anwendbares Recht bei Geschäftsführung ohne Auftrag (Art. 11 Rom II-Verordnung)	328
(6) Eingriffsnorm, Art. 16 Rom II-Verordnung	328
(7) Sicherheits- und Verhaltensregeln, Art. 17 Rom II-Verordnung	332
(8) „Ordre public“-Vorbehalt, Art. 26 Rom II- Verordnung	336
(a) Inländischer „ordre public“	336
(b) „Ordre public transnational“	338
(9) Anwendbares Recht für Zurechnungsfragen	338
cc) Zwischenergebnis	340
b) Vertragsstatut: Klagen im Anwendungsbereich der Rom I-Verordnung	341
aa) Klagen aus dem allgemeinen Schuldrecht	341
bb) Klagen aus dem Bereich des Arbeitsrechts	346
cc) Möglichkeiten der Anwendung heimatstaatlichen Rechts	346

*Inhaltsverzeichnis*

c) Gesellschaftsstatut	347
aa) Anknüpfung der Durchgriffshaftung	347
bb) Vorfragenanknüpfung in Bezug auf die Haftung des Tochterunternehmens	350
cc) Zwischenergebnis	352
d) Zwischenergebnis zum anwendbaren Recht bei Klagen gegen das Mutterunternehmen vor Gerichten des Heimatstaates	353
2. Anwendbares Recht bei Klagen gegen das Tochterunternehmen	353
a) Klagen im Anwendungsbereich der Rom II-Verordnung	354
b) Klagen im Anwendungsbereich der Rom I-Verordnung	354
aa) Klagen aus dem allgemeinen Schuldrecht	354
bb) Klagen aus dem Bereich des Arbeitsrechtes	354
3. Anwendbares Recht bei Klagen gegen Individuen	355
a) Angestellte des Unternehmens	355
aa) Angestellte des Tochterunternehmens	355
bb) Angestellte des Mutterunternehmens	355
b) Vertreter des Heimat- oder Gaststaates	356
4. Anwendung ausländischen Rechts vor deutschen Gerichten	356
III. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten des Gaststaates	358
IV. Kollisionsrechtliche Untersuchung von Klagen vor Gerichten eines Drittstaates	358
V. Übersicht zum anwendbaren Recht	359
VI. Materiell-rechtliche Untersuchung nach deutschem Recht bei Klagen gegen das Unternehmen	360
1. Deliktsrechtliche Anspruchsgrundlagen aufgrund eigenen Verschuldens des Mutterunternehmens	361
a) Anspruchsziele	361
b) § 823 Abs. 1 BGB	362
aa) Rechtsgutsverletzung	362
bb) Verletzungshandlung	363
cc) Haftungsbegründende Kausalität	364
dd) Rechtswidrigkeit	365

ee) Verschulden: Sorgfaltspflichtverletzungen durch Unternehmen	366
(1) Sorgfaltspflichten transnationaler Unternehmen nach den „UN Guiding Principles“	369
(2) Konkretisierung der Sorgfaltspflichten	370
(a) Verkehrssicherungspflichten	372
(b) Pflicht zum Schutz bestimmter Rechtsgüter vor äußeren Gefahren (Fürsorgepflicht)	377
(c) Sorgfaltspflichten im Verhältnis Mutterunternehmen – Zulieferunternehmen	378
(3) Verletzung von „Codes of Conduct“ als Anhaltspunkt für Sorgfaltspflichtverletzung	378
(a) Verbindliche Konkretisierung der Sorgfaltspflicht durch „Codes of Conduct“?	381
(b) Bedeutung öffentlicher „Codes of Conduct“ bei der Bestimmung der Sorgfaltspflicht	383
(aa) Eignung öffentlicher Kodizes zur Konkretisierung des objektiven Sorgfaltsmaßstabs	384
(bb) Speziell: UN-Leitprinzipien als Sorgfaltsmaßstab	386
(cc) Bedenken bei einer verbindlichen Konkretisierung	387
(c) Bedeutung privater „Codes of Conduct“ bei der Bestimmung der Sorgfaltspflicht	388
(aa) Verrechtlichung privater „Codes of Conduct“ bei Gunther Teubner	388
(bb) Unterscheidung zwischen unternehmensinternen und verbandsweiten Kodizes	390

*Inhaltsverzeichnis*

(d) Ablehnung einer verbindlichen Konkretisierung der Sorgfaltspflicht durch Verhaltenskodizes	393
(e) Indizwirkung von Verhaltenskodizes	395
(f) Zwischenergebnis	397
(g) Exkurs: Integration von „Codes of Conduct“ in Verträge	397
(aa) Einbeziehung in Arbeitsverträge	398
(bb) Einbeziehung in Allgemeine Geschäftsbedingungen	400
(cc) Einbeziehung in Verträge mit Kunden oder Zertifizierungsorganisationen	402
(dd) Konkludente Einbeziehung in Verträge?	404
(ee) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	406
(ff) Bedeutung von Verhaltenskodizes bei der Bestimmung der Sittenwidrigkeit von Verträgen	406
(4) Voraussetzungen und Ausgestaltungsmöglichkeiten von Sorgfaltspflichten für transnationale Unternehmen de lege ferenda	407
(a) Umgang mit Sorgfaltspflichten im Ausland	408
(aa) Freiwilliger Kodex und Richterrecht im Vereinigten Königreich	408
(bb) Indirekte Ansätze in den USA und der EU	409
(cc) Gesetze zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Frankreich und der Schweiz	410
(dd) Forderung nach einer Normierung von Sorgfaltspflichten in einem UN-Abkommen	412

(b) Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben	412
(aa) Völkerrechtliche Zulässigkeit einer Normierung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Deutschland	412
(bb) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Normierung unternehmerischer Sorgfaltspflichten in Deutschland	415
(c) Möglichkeiten einer einfachrechtlichen Verankerung einer unternehmerischen Sorgfaltspflicht zum Schutz von Menschenrechten de lege ferenda	419
(aa) Direkte Normierung von Sorgfaltspflichten	419
(bb) Normierung von Mindestanforderungen	420
(cc) Verortung der gesetzlichen Regelung von Sorgfaltspflichten	421
(dd) Vorteile einer Normierung von Sorgfaltspflichten gegenüber anderen Regelungsmöglichkeiten	422
(5) Zwischenergebnis	423
ff) Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	424
gg) Zwischenergebnis	424
c) § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. Schutzgesetz	424
aa) Strafnorm als Schutzgesetz?	425
bb) Internationale Menschenrechte als Schutzgesetze?	426
cc) § 93 AktG oder Pflicht zur Abgabe einer CSR-Erklärung als Schutzgesetze?	428
dd) Zwischenergebnis	429
d) § 831 Abs. 1 BGB	429
aa) Tochterunternehmen als Verrichtungsgehilfe	430
bb) Handlung in Ausführung der Verrichtung	431

*Inhaltsverzeichnis*

cc)	Delikt des Verrichtungsgehilfen	432
dd)	Fehlender Entlastungsbeweis des Geschäftsherrn, § 831 Abs. 1 S. 2 BGB	432
ee)	Geschäftsherrenhaftung und Eigenhaftung des Gehilfen	433
ff)	Betriebliches Organisationsverschulden, § 823 Abs. 1 BGB	433
gg)	Zwischenergebnis	435
e)	§ 826 BGB	435
f)	Ergebnis zu den deliktsrechtlichen Anspruchsgrundlagen bei eigenem Verschulden des Mutterunternehmens	436
2.	Durchgriffshaftung	438
a)	Grundsatz der Haftungstrennung	438
b)	Durchbrechung des Grundsatzes der Haftungstrennung	439
aa)	Möglichkeiten des Haftungsdurchgriffs nach deutschem Recht	440
(1)	Haftungsdurchgriff im Rahmen der gängigen Fallgruppen?	441
(2)	Indirekter „Durchgriff“ im Wege konzernrechtlicher Innenhaftung	442
(3)	Haftung des Mutterunternehmens aus einem besonderen Verpflichtungsgrund	444
(4)	Zwischenergebnis	445
bb)	Haftungsdurchgriff in anderen Ländern	445
cc)	Haftungsdurchgriff bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen de lege ferenda?	447
c)	Ergebnis zur Durchgriffshaftung	447
3.	Vertragsrechtliche Anspruchsgrundlagen	448
a)	Arbeitsrechtliche Anspruchsgrundlagen	448
aa)	Möglicherweise verletzte Rechtsgüter	450
bb)	Ansprüche auf Zahlung eines angemessenen Entgelts und Ansprüche aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	451
cc)	Deliktsrechtliche Ansprüche gegenüber dem Mutterunternehmen	452
dd)	Zwischenergebnis	452

b) Anspruchsgrundlagen aus dem allgemeinen Vertragsrecht	453
aa) Menschenrechtsverstöße als Unwirksamkeitsgrund im Vertragsrecht	453
(1) Völkerrecht als Verbotsgesetz i. S. v. § 134 BGB?	453
(2) Heranziehung völkerrechtlicher Menschenrechtsstandards zur Bestimmung der „guten Sitten“ gem. § 138 Abs. 1 BGB?	454
bb) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter bei Verträgen mit Zulieferunternehmen?	455
(1) Schuldverhältnis	456
(2) Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Vertrages	457
(3) Schutzpflichtverletzung, Vertretenmüssen	459
(4) Rechtsfolgen	460
4. Geschäftsführung ohne Auftrag bei Zwangsarbeitsverhältnissen	460
5. Ansprüche aus Kondiktion	462
a) Leistungskondiktion gegenüber dem Tochter- bzw. Zulieferunternehmen	462
b) Nichtleistungskondiktion gegenüber dem belieferten Unternehmen?	462
c) Durchgriffskondiktion nach § 822 BGB?	463
VII. Materiell-rechtliche Untersuchung nach deutschem Recht bei Klagen gegen Individuen	464
VIII. Exkurs zur materiellrechtlichen Untersuchung nach drittstaatlichem Recht: Klagen in den USA nach dem „Alien Tort Claims Act“	465
1. Vergleich zwischen dem ATCA und der europäischen Rechtslage	466
2. Voraussetzungen von Klagen nach dem ATCA	467
a) „Subject matter jurisdiction“	467
b) ATCA als Anspruchsgrundlage?	468
c) Extraterritoriale Anwendbarkeit des ATCA	469
d) Verantwortlichkeit von Unternehmen nach dem ATCA?	473
e) „Personal jurisdiction“	475
3. Zwischenergebnis	477

*Inhaltsverzeichnis*

IX. Ergebnis zu den zivilrechtlichen Klagemöglichkeiten	478
§ 9 Lauterkeitsrecht	480
I. Deutsches Lauterkeitsrecht	481
1. Anspruch aus §§ 8–10 i. V. m. § 3 Abs. 1 i. V. m. § 5 UWG wegen irreführender geschäftlicher Handlungen	483
a) Irreführung durch Hinweis auf die angebliche Einhaltung eines Verhaltenskodexes, § 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 Nr. 6 UWG	484
b) Irreführung durch unwahre Aussagen über wesentliche Merkmale der Ware, § 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 Nr. 1 UWG	487
2. Anspruch aus §§ 8–10 i. V. m. § 3 Abs. 1 i. V. m. § 5 a UWG wegen Irreführung durch Unterlassen	488
3. Anspruch aus den Generalklauseln, §§ 8–10 i. V. m. § 3 UWG	489
4. Zwischenergebnis	491
II. Rolle des Lauterkeitsrechts bei der Durchsetzung von Menschenrechten gegenüber transnationalen Unternehmen	491
III. Ergebnis zum Lauterkeitsrecht	492
§ 10 Strafrechtliches Vorgehen	494
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen als juristische Personen?	494
1. Keine Unternehmensstrafbarkeit in Deutschland de lege lata	494
2. Einführung einer Unternehmensstrafbarkeit de lege ferenda?	497
3. Unternehmensstrafbarkeit in anderen Ländern	499
II. Täterschaft und Teilnahme	501
III. Verfahren vor dem IStGH	504
1. Gegen das transnationale Unternehmen	504
2. Gegen Individuen	504
IV. Verfahren vor Gerichten des Heimatstaates	506
1. Zuständigkeit nationaler Gerichte und anwendbares Recht	506

2. Mögliche Straftatbestände nach deutschem Recht	507
a) Strafrechtliches Vorgehen gegen Individuen	507
aa) Mitarbeiter des Unternehmens	507
(1) Mitarbeiter im Heimatstaat	507
(2) Mitarbeiter im Gaststaat	510
bb) Beamte	510
b) Möglicherweise begangene Delikte	511
3. Ordnungswidrigkeitenrecht	512
4. Sanktionsmilderung bei Einhaltung eines Compliance-Systems?	514
5. Beispielsfälle in Deutschland	514
a) Mercedes-Benz	515
b) Total	515
c) Zwischenergebnis	516
V. Verfahren vor Gerichten des Gaststaates oder eines Drittstaates	516
VI. Ergebnis zum strafrechtlichen Vorgehen	517
§ 11 Staatshaftungsrechtliche Klagen	519
I. Völkerrechtliches Vorgehen	520
II. Identifizierung einer geeigneten Anspruchsgrundlage aus dem deutschen Staatshaftungsrecht	521
III. Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs wegen Verletzung der extraterritorialen Schutzpflicht durch den Heimatstaat	523
1. Gerichtszuständigkeit	523
2. Anwendbarkeit deutschen Amtshaftungsrechts auf transnationale Sachverhalte	523
3. Materielle Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruches	525
a) Hoheitliches Handeln	525
b) Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht in Ausübung der öffentlich-rechtlichen Tätigkeit	526
aa) Anwendbarkeit des Amtshaftungsrechtes bei Völkerrechtsverletzungen	526
(1) Direkte Anwendbarkeit der Regeln über die Staatenverantwortlichkeit gem. Art. 25 S. 1 GG	527

*Inhaltsverzeichnis*

(2) Völkerrechtsverletzung als Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht i. S. v. § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	529
bb) Drittschützende Amtspflicht: Haftung für legislatives Unrecht?	530
cc) Weitere Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs	533
4. Zwischenergebnis	534
IV. Voraussetzungen für eine staatliche Haftung bei direkter Menschenrechtsverletzung durch den Gaststaat	534
1. Amtshaftungsanspruch	535
2. Aufopferungs- und Enteignungsansprüche	536
3. Allgemeiner öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungs- bzw. Unterlassungsanspruch	537
V. Ergebnis zu den staatshaftungsrechtlichen Klagen	537
§ 12 Völkerrechtliches Vorgehen	539
I. Geltendmachung völkerrechtlicher Rechtsverstöße vor nationalen Gerichten?	540
II. Vorgehen gegen Staaten vor internationalen Gerichten	540
1. Denkbare Völkerrechtsverletzungen	540
2. Rechtsquellen völkerrechtlicher Ansprüche	541
3. Möglicherweise zuständige internationale Spruchkörper	542
4. Zwischenergebnis	543
III. Alternativen auf internationaler Ebene	544
1. Diplomatischer Schutz	544
2. Außergerichtliche Beschwerdemechanismen	546
IV. Ergebnis zum völkerrechtlichen Vorgehen	547
Dritter Teil: Schlussfolgerungen und Zusammenfassung	549
§ 13 Diskussion von Vorschlägen de lege ferenda	549
I. Identifikation von Regelungslücken und Schwachstellen de lege lata	549
II. Vorschläge auf nationaler bzw. europäischer Ebene	551
1. Reformvorschläge für das Prozessrecht	551
a) Einführung erweiterter Zuständigkeiten	551

b) Einführung von Möglichkeiten des kollektiven Rechtsschutzes und zur Verringerung der Prozesskosten sowie der Beweislast	553
c) Zwischenergebnis zu den Vorschlägen für das Prozessrecht	554
2. Reformvorschläge für das Internationale Privatrecht	555
3. Reformvorschläge für das materielle Zivilrecht	556
a) Aufhebung der Haftungstrennung bei Menschenrechtsverletzungen	556
b) Einführung von Sorgfaltspflichten für transnationale Unternehmen	556
c) Hemmung der Verjährung	558
4. Einführung des Universalitätsprinzips im europäischen Zivil- und Zivilprozessrecht	558
5. Reformvorschläge für das Strafrecht	560
6. Zwischenergebnis	561
III. Kodifikation von Regeln über extraterritoriale Staatenpflichten	561
IV. Völkerrechtlicher Vertrag zwischen Staaten	562
1. Vertragsentwürfe in der Vergangenheit	563
2. Aktueller „Treaty-Prozess“ bei den Vereinten Nationen	564
V. (Völkerrechtlicher) Vertrag zwischen Staaten und transnationalen Unternehmen	566
VI. Völkerstrafrechtliche Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen	566
VII. Einführung eines weltweiten Schiedsgerichts für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen	567
VIII. Investitionsschutzrecht und Welthandelsrecht	568
IX. Ergebnis zu den Vorschlägen de lege ferenda	569
§ 14 Konklusionen	571
Anhang	576
Tabellarische Darstellung der möglichen Klagekonstellationen	576
Allgemeiner Aufbau der Übersichten	576
I. Vor Gerichten des Heimatstaates (Deutschland)	577
1. Gegen den Heimatstaat	577
2. Gegen den Gaststaat	578
3. Gegen das Mutterunternehmen	579

*Inhaltsverzeichnis*

4. Gegen das Tochterunternehmen	581
5. Gegen Mitarbeiter des Mutterunternehmens	583
6. Gegen Mitarbeiter des Tochterunternehmens	585
7. Gegen Beamten des Heimatstaates	586
8. Gegen Beamten des Gaststaates	587
II. Vor Gerichten des Gaststaates (außerhalb der EU)	588
1. Gegen den Heimatstaat	588
2. Gegen den Gaststaat	588
3. Gegen das Mutterunternehmen	589
4. Gegen das Tochterunternehmen	590
5. Gegen Mitarbeiter des Mutterunternehmens	591
6. Gegen Mitarbeiter des Tochterunternehmens	592
7. Gegen Beamten des Heimatstaates	593
8. Gegen Beamten des Gaststaates	593
III. Vor Gerichten eines Drittstaates	594
1. Gegen den Heimatstaat	594
2. Gegen den Gaststaat	595
3. Gegen das Mutterunternehmen	595
4. Gegen das Tochterunternehmen	596
5. Gegen Mitarbeiter des Mutterunternehmens	597
6. Gegen Mitarbeiter des Tochterunternehmens	598
7. Gegen Beamten des Heimatstaates	599
8. Gegen Beamten des Gaststaates	599
IV. Vor internationalen Gerichten	600
1. Gegen den Heimatstaat	600
2. Gegen den Gaststaat	602
3. Gegen das Mutterunternehmen	603
4. Gegen das Tochterunternehmen	603
5. Gegen Mitarbeiter des Mutterunternehmens	603
6. Gegen Mitarbeiter des Tochterunternehmens	604
7. Gegen Beamten des Heimatstaates	604
8. Gegen Beamten des Gaststaates	604
Literatur- und Dokumentenverzeichnis	605
Entscheidungsverzeichnis	659

## Abkürzungen

a. A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEntG	Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Deutschland)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AktG	Aktiengesetz (Deutschland)
Alt.	Alternative
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
AO	Abgabenordnung (Deutschland)
ArbG	Arbeitsgericht (Deutschland)
ATCA	Alien Tort Claims Act
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz (Deutschland)
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht (Deutschland)
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz (Deutschland)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BIT	Bilateraler Investitionsschutzvertrag (Bilateral Investment Treaty)
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BT-Drs.	Drucksache des Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht (Deutschland)
bzw.	beziehungsweise
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
d. h.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht

*Abkürzungen*

ECCHR	European Center for Constitutional and Human Rights
ECCJ	European Coalition for Corporate Justice
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Deutschland)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz (Deutschland)
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (Deutschland)
HGÜ	Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen
Hrsg.	Herausgeber
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
ICJ	International Court of Justice
i. E.	im Ergebnis
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILO	International Labour Organization
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i. V. m.	in Verbindung mit
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
LAG	Landesarbeitsgericht (Deutschland)
lit.	litera
MMR	Multimedia und Recht, Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
MRM	MenschenRechtsMagazin
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NGO	non-governmental organisation (Nichtregierungsorganisation)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungsreport
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o. Ä.	oder Ähnliches
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz (Deutschland)
RdTW	Recht der Transportwirtschaft
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite/Satz
s.	siehe
Slg.	Sammlung

*Abkürzungen*

sog.	so genannte(r) /(s)
StGB	Strafgesetzbuch (Deutschland)
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Deutschland)
UN	United Nations
USA	United States of America
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (Deutschland)
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VJIL	Virginia Journal of International Law
VO	Verordnung
vs.	versus
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WTO	World Trade Organization
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
VersR	Versicherungsrecht
z. B.	zum Beispiel
zfmr	Zeitschrift für Menschenrechte
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZPO	Zivilprozessordnung (Deutschland)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil